

Editorial

Liebe Mitglieder, liebe Interessierte,

alle 3 Sekunden ein neuer Vorschlag, wie die sogenannte Flüchtlingskrise zu bewältigen sei, alle 3 Minuten eine neue Verordnung, alle 3 Stunden ein neues Gesetz. Eine schnelllebige Zeit ist dieses Deutschland im Herbst 2015. Damit will die Politik Handlungsfähigkeit demonstrieren und zeigt doch nur ihre Unfähigkeit angesichts der immensen Herausforderung einer menschenwürdigen Aufnahme von Flüchtlingen.

Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, Ergebnis eines im Turboverfahren abgewickelten legislativen Verfahrens, ist keine Lösung der zu erledigenden Aufgaben. Es täuscht Handlungsfähigkeit vor, ist aber im Kern ein Rückfall in längst überwunden geglaubte Abschreckungsgesinnung. Hier haben Überzeugungstäter der Abschreckungspolitik ihre gesammelten Grausamkeiten aus den Schubladen gezogen und als eine Lösung vorgaukelnde Mogelpackung verkauft. Manifestiert wird mit diesem Gesetz der diskriminierende und segregierende Ansatz, den wir in der Flüchtlingssolidarität Engagierten nicht mitmachen wollen – einer Aufteilung der Schutzsuchenden rein nach äußeren Merkmalen in solche, die bleiben können, und solche, die keine Bleibeperspektive haben. Wie absurd dieses Verfahren ist, zeigt die aktuell von Bundesinnenminister de Maiziere angeheizte Debatte um die Abschiebung afghanischer Flüchtlinge. Oder etwa der Mephisto-Pakt mit der Türkei, die als „Sicheres Herkunftsland“ eingestuft werden soll, nur damit Erdogan seinen Beitrag zur Absicherung der EU-Außengrenze leistet.

Asylrecht kennt keine Obergrenzen, unser Grundgesetz und die Genfer Flüchtlingskonvention kennen lediglich Kriterien nach welchen in einem fairen Verfahren jedes individuelle Schutzgesuch geprüft werden muss. Zu einem fairen Verfahren gehören ebenso menschenwürdige Aufnahmebedingungen wie die Möglichkeit einer menschenwürdigen Existenz für Flüchtlinge, die einen Schutzstatus erhalten haben. Diese wichtige, nach der Zeit der Nazibarbarei entstandene internationale Errungenschaft ist nicht nur grundgesetzlich, sondern auch in der europäischen Verfassung und in europäischen Richtlinien verankert. Wer diese Errungenschaften jetzt über Bord wirft und One-Way-Transitzonen einrichten möchte, gibt dem Druck der Straße nach und setzt wichtige menschenrechtliche Standards aufs Spiel.

Die große Herausforderung der sogenannten Flüchtlingskrise ist nicht vom Himmel gefallen, sie ist Ergebnis einer seit Jahren festzustellenden Entwicklung, sie ist Ergebnis einer Zunahme von Krisenherden weltweit, sie ist Ergebnis von Verwerfungen, die auch mit unserem Handeln zu tun haben. Statt Zäune hochzuziehen - egal, ob aus Stacheldraht oder in Form von Abschottungsgesetzen, - müssen die Verantwortlichen der Bundes- und Landesregierungen die Verwaltung schleunigst handlungsfähig machen, auch kreative Ansätze zur Unterbringung ermöglichen, den sozialen Wohnungsbau massivst aufstocken, damit es bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen gibt, und in Bildung, Kinderbetreuung und den Zugang zum Arbeitsmarkt investieren.

Wir in der Flüchtlingssolidarität Engagierten brauchen nicht alle 3 Sekunden eine neue Sau, die durchs Dorf gejagt wird oder neue Gesetze, die unsere Energie binden. Keine Kasernierung von Flüchtlingen, die ehrenamtliches Engagement erschwert und die Bildung von Ressentiments in der Bevölkerung erleichtert. Wir Ehrenamtlichen brauchen transparentes Handeln einer gut ausgestatteten, funktionierenden Verwaltung, ein Zusammenspiel auf Augenhöhe und im wahrsten Sinne des Wortes Raum für Engagement.

In diesem Sinne wünsche ich allen eine interessante Lektüre unseres Rundbriefes und weiterhin genügend Energie im Sinne der Flüchtlingssolidarität und letztendlich einer solidarischen Gesellschaft,

Ihre Angelika von Loeper, 1. Vorsitzende